

Auftakt der Tarifverhandlungen mit Bund und VKA in Potsdam

WARMER WÖRTE REICHEN NICHT!



Potsdam | Kay Herschelmann

Chance vertan

Zum Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber keine Farbe bekannt. Statt eines verhandlungsfähigen Angebots hatten sie nur fadenscheinige Argumente und Absagen im Gepäck. Die Laufzeit des Tarif-

vertrags von 12 Monaten und den Mindestbetrag von 500 Euro pro Monat lehnen die Arbeitgeber vehement ab. Auch einen generellen Arbeitskräftemangel sehen sie nicht. Die Jobs im öffentlichen Dienst seien sicher, die öffentlichen Kassen hingegen leer, hieß es. Dabei haben die Kommunen seit 2014 überwiegend positive Zahlen geschrieben. Auch im Jahr 2022 gab es sogar ein sat-

tes Plus von 7,5 Milliarden Euro in den kommunalen Kassen.

Unter Spannung

Gleichzeitig steigt der Druck auf die Beschäftigten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. In Krisenzeiten wachsen Eure Aufgaben beständig, während gleichzeitig die Personallücke immer größer wird. Schon jetzt fehlen

300.000 Kolleg*innen. Hinzu kommt die hohe Inflation, die auch in den Portemonnaies vieler öffentlich Beschäftigter tiefe Spuren hinterlässt, besonders bei jenen mit niedrigen bis mittleren Gehältern. Doch die Arbeitgeber lassen Euch mit diesen Problemen allein. Es sei Aufgabe der Politik die Inflation auszugleichen.

Historische Forderung

Dabei brauchen wir einen starken und attraktiven Öffentlichen Dienst. Und dafür braucht es vor allem eins: wettbewerbsfähige Einkommen und keine Reallohnverluste. Deshalb fordern wir 10,5 Prozent mehr Geld für alle, mindestens aber 500 Euro. Nachwuchskräfte sollen 200 Euro mehr bekommen und Auszubildende unbefristet übernommen werden, wenn sie ihre Ausbildung erfolgreich absolviert haben. Der Tarifvertrag soll eine Laufzeit von 12 Monaten haben, damit wir zeitnah auf die weitere Inflationsentwicklung reagieren können. Und natürlich fordern wir die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt*innen und Richter*innen des Bundes, die Soldat*innen sowie die Versorgungsempfänger*innen.

Stärketest bestanden

Schon vor dem Beginn der Tarif- und Besoldungsrunde habt Ihr Euch in beeindruckender Zahl hinter unsere Forderungen gestellt. Mit Euren über 335.000 Unterschriften beim Stärketest gebt



Katrin Teich
Bundesbeamtin bei der Bundesnetzagentur, Beamt*innenvertreterin in der ver.di-BTK


*„Auch die Beamt*innen in den Behörden und Dienststellen des Bundes sind vielfach hoch belastet. Immer mehr Aufgaben, eine große Zahl unbesetzter Stellen, lange Wochenarbeitszeiten. Die Kolleg*innen sind am Limit und stehen voll hinter unser ver.di-Forderung nach spürbaren Einkommensverbesserungen.“*

Ihr nicht nur unserer Verhandlungsspitze richtig Rückenwind für die Gespräche mit den Arbeitgebern. Ihr beweist vor allem eins: Ihr seid bereit, für diese Forderungen einzustehen! Und das ist gut so! Denn diese Tarifrunde wird nicht leicht, das hat der erste Verhandlungstermin in Potsdam gezeigt.

Zusammen startklar

Jetzt kommt es also auf jede und jeden Einzelnen an! Bleibt so entschlossen, wie Ihr es den Arbeitgebern von Bund und VKA im Stärketest angekündigt habt! Werdet

aktiv, beteiligt Euch in den kommenden Tagen und Wochen an Aktionen vor Ort. Sprecht mit Euren Kolleg*innen in den Betrieben und Dienststellen, rührt die Werbetrommel und erklärt allen, die es noch nicht verstanden haben, dass unsere Forderungen absolut berechtigt sind. Gute Argumente haben wir hier für Euch gesammelt. Alle, die noch ein bisschen näher am Geschehen sein wollen, können Tarifbotschafter*innen werden und ihre Kolleg*innen über die Tarif- und Besoldungsrunde auf dem Laufenden halten. Dieser Appell richtet sich auch an die



Frank Werneke
ver.di-Vorsitzender

„Ob Pandemie oder die Folgen des Krieges in der Ukraine – der öffentliche Dienst ist gefordert wie nie: Die Belegschaften werden sich in dieser Tarif- und Besoldungsrunde nicht mit warmen Worten abspeisen lassen.“

betroffenen Beamt*innen und Richter*innen des Bundes sowie die Soldat*innen und Versorgungsempfänger*innen!

Denkt immer daran: Mehr Geld kommt nicht von allein.

WIE GEHT ES WEITER? DIE VERHANDLUNGSTERMINE

22.–23. Februar 2023 Zweite Verhandlungsrunde
27.–29. März 2023 Dritte Verhandlungsrunde